

Reichsregierung gelangt, dem Massenelend zu steuern, die Krise durch Arbeitsbeschaffung zu lindern, eine Belebung des Wirtschaftens anzubahnen. Soll dieses Vertrauen noch zerstört werden? Das darf nicht sein, nicht um der Gewerkschaften, sondern um des Staates und des Volkes willen."

Abermals die alte Platte über das Vertrauen der Arbeiterschaft zum kapitalistischen Staat, über die Hoffnung der Arbeiterschaft auf die Brüningregierung, auf die Regierung der Notverordnungsdiplomatie. Nicht Vertrauen zum kapitalistischen Staat, sondern Vertrauen zur eigenen Kraft braucht die Arbeiterklasse. Und damit die Erkenntnis, daß sie alles daran setzen muß, um sich vom Einfluß der sozialfaschistischen Faseln, von den Partei-, Verbands- und Konkreten zu befreien, um gegen den Klassenfeind wirkungsvoll kämpfen zu können.

Stegerwald proklamiert Lohnabbau

Die Rede Stegerwalds war eine einseitige Abfolge an die Gewerkschaftsführer. Ein leeres Versprechen Stegerwalds wäre für die Gewerkschaftsführer genug, um damit unter den Vätern der Gewerkschaftsmittglieder hantieren zu gehen. Stegerwald hat aber diesen Gefallen den Gewerkschaftsführern nicht. Mit Anspielung auf den Arbeitsbeschaffungsplan des ADBB erklärte Stegerwald:

"Gegen eine Inflation wäre selbst Nichtstun noch das kleinere Übel."

Dafür verspricht Stegerwald einen neuen Lohnabbau. In Bezug auf die bevorstehende Erneuerung der Tarifverträge jagte Stegerwald wortfroh:

"Es sind noch einige Angleichungen notwendig!"

Stegerwald erklärte, den Wendepunkt in der Weltwirtschaftswirtschaft erzwinge man erst im Jahre 1933, das Jahr 1932 wird ein schweres Jahr sein. Der Rückgang der Produktion führt zur Steigerung der Erwerbslosigkeit, die momentane schwache Aufschwügsbewegung könne keine Grundlage dafür schaffen.

Die Regierung, sagte Stegerwald, beabsichtigt eine stärkere Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, einen weiteren Ausbau der vorstädtlichen Kleinwohnung und eine Arbeitsbeschaffung durch Gewährung von Mitteln für Reparaturen an Wohnungen. Bei diesen Arbeiten werde man insbesondere den freiwilligen Arbeitsdienst heranziehen, der freiwillige Arbeitsdienst müsse erweitert und ausgebaut werden.

Diese Erklärung Stegerwalds ist sehr eindeutig. Eine Milliarde Mark für die Großbanken brachte die Brüningregierung ohne lange Diskussionen auf, hunderte Millionen für die Großagraren werden dauernd aufgebracht. Für die Erwerbslosen aber hat die Brüningregierung kein Geld. Das einzige, was die Regierung für die Erwerbslosen tun will, ist die Ausdehnung der sogenannten freiwilligen Arbeitsdienstpflicht. Notstandsarbeiten sollen durch Arbeitsdienstpflichtiger ausgeführt werden.

Der Schwindelplan des ADBB

Eggert, der 2. Vorsitzende des ADBB hielt den eigentlichen Vortrag über Arbeitsbeschaffung. Er schildert den katastrophalen Rückgang der Weltproduktion und des Welthandels. Der Ausweg läge in dem "Ausbau der kapitalistischen Wirtschaft". Er führte aus:

"Die Arbeiterklasse muß den Ausbau der kapitalistischen Wirtschaft in eine planmäßige Bedarfsbedingungsökonomie zwingen. Angesichts des Verfalls der Privatwirtschaft muß der Staat die Wirtschaft regeln und lenken."

Die Arbeiter in den häuslichen und städtischen Betrieben könnten Herrn Eggert ein Lied singen über die Lage in diesen Betrieben. Dieser "Ausbau", wenn er auch durchgeführt werden sollte, würde nur bedeuten die größtmögliche Konzentration der Produktionsmittel in den Händen des kapitalistischen Staates, was zu noch größerer Ausbeutung, zu noch größerem Elend führen muß.

Was die Arbeitsbeschaffung anbelangt, so schlug Eggert in seinem Referat folgendes vor: Etwa eine Million Arbeiter sollen auf ein Jahr bei verschiedenen Arbeiten - Straßenbau, Hochwasserarbeiten, Kleinwohnungsbau, Hausreparaturen, Siedlungsarbeiten, landwirtschaftliche Bodenverbesserungen und Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost - zusätzlich beschäftigt werden. Dafür wären rund 2 Milliarden Mark erforderlich. Die Hauptgelder sollen durch eine vollständige Arbeitsbeschaffungsaufleihe aufgebracht werden, daß man mit einer solchen Anleihe in unserer Zeit sehr wenig aufbringen kann, ist auch für Eggert klar.

Der Haken in allen Finanzierungsvorschlägen des ADBB zur Arbeitsbeschaffung besteht unter anderem darin, daß die ADBB-Strategen den Büren wählen wollen, ohne den Fatz nach zu machen. Sie wollen Geld für Arbeitsbeschaffung herbeischaffen, ohne den Kapitalisten wehe zu tun.

Aber nicht nur diesen Haken hat der Arbeitsbeschaffungsplan des ADBB. Die Verfasser dieses Planes selbst glauben auch keine einzige Minute an seine Durchführung. Auf die Frage, was geduldet der ADBB zu tun, um seinen Plan durchzuführen, gibt nur ein einziger Satz in der angenommenen Entschliessung des Kongresses Antwort. Und zwar heißt es dort:

"Der Kongress fordert alle Volksgenossen auf, die Durchführung der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen."

Die "Volksgenossen" Brüning, Stegerwald, Schiele, Treumann sollen erkennen. Das ist die einzige Hoffnung der ADBB-Strategen, das sind die Mittel, die sie der Arbeiterklasse empfehlen können, um Arbeit für die Erwerbslosen zu schaffen. Der ganze Arbeitsbeschaffungsplan des ADBB ist ein kluger Scherz auf die 6 Millionen deutschen Erwerbslosen, auf ihr Elend und ihre Not.

Rote Einheitsfront zum Kampf um Arbeit und Brot, für sozialistischen Aufbruch!

Die kapitalistische Gesellschaft und ihre Helfershelfer, die sozialfaschistische ADBB-Bürokratie, denken nicht daran, den Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeiten zu geben.

Wir sagen den Arbeitermassen, daß der kapitalistischen Ausbeuterklassen gegenüber nur durch den härtesten Kampf etwas erreicht werden kann. In den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der SPD, die die Forderungen des Sieben-Stunden-Tages bei vollem Lohnausgleich, Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und die Gewährung der Unterstützung für die gesamte Dauer der Erwerbslosigkeit, Rückgängigmachung des Lohn- und Unterstützungsabbaus, Durchführung eines großzügigen Bauprogrammes von Arbeiterwohnungen und weitere wichtige Forderungen enthalten, wird die Streichung der Ausgaben für Reichwehr und Polizei, Streichung der Millionenentschädigungen und Abfindungen der Ämter, Einstellung der Tributzahlungen, Erhebung einer Millionsteuer gefordert. Die SPD und KPD legen aber gleichzeitig, daß diese Forderungen nur im Kampf durchgesetzt werden können. Notwendig ist es, unter Führung der SPD und KPD die breitesten Einheitsfront des Kampfes herzustellen, in jedem Betrieb an jeder Stempelstelle den Kampf vorzubereiten und aufzunehmen.

Der Hungermarsch der Erwerbslosen Sachsenden am 15. April muß im Zeichen der kämpfenden roten Einheitsfront, des Bündnisses der Betriebsrätigen und Arbeitslosen stehen. Bei dem roten Volksentscheid zum Sturz der Schiele-Regierung und der Auflösung des Landtages gilt es den Willen zum Kampf, den Willen zur Herstellung der roten Einheitsfront, den Willen zur Bekämpfung des sozialfaschistischen Auswegs aus dem kapitalistischen Elend zu demonstrieren, indem jeder Arbeiter und jede Arbeiterin zur Abstimmung geht und mit „Ja“ stimmt!

Hitler und Röhm an den Verbotshandlungen beteiligt

München, 14. April (Eig. Drahtf.)

Wolff Hitler, Stabschef Röhm und Himmler sind bereits am Dienstag per Flugzeug nach Berlin gereist. Sie wurden von Reichswehrminister Groener und General Schleicher empfangen. Zweck der Besprechung war die Aufklärung der SA und SS. Bereits am Dienstagvormittag wurde in der Zeit von 9 bis 12 Uhr im Braunes Haus in München sämtliche Material der SA und SS unter den Augen der Kriminalpolizei weggeschafft. Die Straßen, sowie das Braunes Haus waren nicht belebt.

Das Nest war überall leer

Nachdem jetzt bekannt wird, daß die Notverordnung, die das Verbot verfügte, bereits am Montag früh fertig war, nimmt es nicht wunder, daß die gutinformierten Nazis bereits vor dem Bekanntwerden ihre Nester ausgeräumt haben. So hat die Polizei in Chemnitz nur leere Kasernen angetroffen. In Hamburg hatte die SA ihre Kasernen ebenfalls ausgeräumt und unter Tränengas geleert. In Berlin wurde bei der polizeilichen Aktion lediglich schriftliches Material beschlagnahmt, das sicherlich belanglos ist. In Dresden wurden die Heime polizeilich geschlossen und die Polizei rüht das disziplinierte und legale Verhalten der SA, daß "nirgendwo Grund zum Einschreiten" gab. Die polizeiliche Aktion ist nach solchen Vorbereitungen überall ohne Störung verlaufen.

Bereits am Dienstag wurden die Sturmführer der Dresdener SA durch geschlossene Briefe von dem Verbot benachrichtigt.

Am Mittwochabend, um 18 Uhr hat die Reichsleitung der NSDAP die Auflösung der SA und SS verfügt. Erst nach-

dem diese Verfügung getroffen war, erschien nach 18.30 Uhr die Polizei im Braunes Haus.

Zwei Erklärungen Hitlers

Die Nazipresse vom 13. April bringt eine Erklärung Hitlers zu den Verbotshandlungen, die er dem Berliner Vertreter des Völkisch gegeben hat:

"Wenn die Regierung meine SA auflösen sollte, dann wird sie mich der Verantwortlichkeit für diese Sache entziehen. Ich werde dann diese 400 000 Mann nicht mehr wie früher unter meiner Kontrolle haben u. könnte nicht dafür verantwortlich gemacht werden, was sie im Einzelfalle tun muß."

Danach gibt Hitler also zu, daß er für den bisherigen Terrorismus seiner Verbände voll verantwortlich ist und diese Verantwortung jetzt los sein will.

Das die SA auch in Zukunft als Terrorbande behoben bleibt, beweist eine weitere Erklärung, die Hitler einer weiteren Korrespondenz gegenüber gemacht hat. Die Nazipresse berichtet darüber:

"Sollen Sie ruhig die Auflösung der Organisation erklären, Sie können meine Leute nicht die Köpfe abhacken; solange sie aber Herzen und Äpfe haben, werden sie nie ergeben sein."

Das ist deutlich genug, kann aber die Tatsache nicht leugnen, daß ein ähnlicher Widerstand zu der ersten Erklärung besteht, der Beweis, daß der große Chef die SA vernichten und verfaulen hat, sie aber auch in Zukunft als Terrororganisation der Finanzkapitalisten verwenden wird. Er möchte nur die Verantwortung los sein, um den Regierungschef nicht zu ärgern. Deshalb liegt er sie verboten.

Die Schiele-Regierung an dem SA-Verbot „nicht beteiligt“

Das „kleinere Übel“ der sächsischen SPD mit Nazi Klagges in einer Front

Die bürgerliche Presse läßt sich von der Schiele-Regierung melden, daß das sächsische Innenministerium an der Berliner Länderbesprechung nicht teilgenommen hat, also von vornherein bemüht war, den Nazibanden auch nicht formal zu nahe zu rücken. Sie befindet sich damit, wenn das auch nicht ausgesprochen wird, mit der sozialistischen Regierung in Einheitsfront, dessen Minister Klagges offen gegen das Verbot protestiert hat. Die sächsische SPD aber verteidigt die Schiele-Regierung als das kleinere Übel just in dem Augenblick, da sie ihre Sympathie mit den Nazis wiederum unverhüllt zum Ausdruck bringt. Antwortet dem Schiele-System und der SPD am kommenden Sonntag beim roten Volksentscheid:

Jeder Arbeiter stimmt mit einem Ja!

Litwinows neue Friedensrede in Genf

Unerschütterliche Friedenspolitik unseres sozialistischen Vaterlandes trotz aller Kriegsverbrecherischen Provokationen. Deutschland gegen die Friedensvorschläge der UdSSR

Genf, 12. April. (Eig. Drahtf.)

In der neuen Sitzung der Abrüstungskonferenz ergriff das Wort der Genosse Litwinow, Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Mit scharfen Worten brandmarkte Genosse Litwinow die bisherigen „Arbeiten“ der „Abrüstungs“-Konferenz, die ihre Charakterisierung schon allein durch die Tatsache erhalten, daß der Vorschlag der Sowjetunion auf vollständige Abrüstung kurzerhand abgelehnt worden ist. Genosse Litwinow entwickelte dann den zweiten Vorschlag der Sowjetunion auf Verminderung der Rüstungen und legte einen konkreten Abrüstungsvorschlag vor, der eine verhältnismäßige Verminderung der Rüstungen aller Staaten vorsieht.

Das Wesen dieses Vorschlages für eine sogenannte progressive und proportionale Abrüstung besteht darin, daß der Prozentatz der quantitativen Rüstungsbeschränkung um so höher sein soll, je größer die Rüstungen des Staates sind. Entsprechend dem derzeit eingereichten russischen Vorschlag sollen Armeen von mehr als 200 000 Mann um 50 Prozent vermindert werden, während Armeen unter 50 000 Mann keinerlei Verminderungen unterliegen und die Derabhebung der dazwischen liegenden Heereskräfte sich zwischen 0 und 50 Prozent bewegen soll.

Litwinow erklärte, daß die Sowjetdelegation alle Versuche bekämpfen werde, die die Aufgaben der Konferenz auf eine bloße

Begrenzung der Rüstungen verengern wollen, und daß sie insbesondere, was die Rüstungsherabsetzung betrifft, die unterirdische Anwendung eines einheitlichen Prozentatzes für die Schwächsten und Schwächsten für ungerecht hält. Obwohl der Sowjetstaat seinem Wesen nach, seinerzeit imperialistische Ziele verfolgen könne, in seiner Weise nach dem Erwerb neuer Kolonien oder von Kolonien strebe und niemals Truppen oder Kriegsschiffe zur Verteidigung seiner Bürger oder sogenannten Interessen in fremdem Gebiet entsandt habe, sei die Sowjetunion doch bereit, auch ihre Armeen unter die 50prozentige Herabsetzung stellen zu lassen.

Wenn der russische Vorschlag, keine Armeen von der Herstellung ausnehmen wolle, so geschieht das unter der Voraussetzung, daß keine militärischen Bündnisse geschlossen werden, aber daß die Streitkräfte militärisch verbündeter Staaten entsprechend ihrer Gesamtstärke herabgesetzt werden.

Mit Bezug auf den amerikanischen Vorschlag erklärte Litwinow, isolierte Vorschläge für die Abschaffung einer Weltarmee für von Rüstungen seien nicht dazu geeignet, die Probleme zu vereinfachen, da die Beziehungen der verschiedenen Weltstaaten gegeneinander in den einzelnen Ländern verschiedenen seien und deshalb die Abschaffung bestimmter Waffen die Beziehungen der einzelnen Länder verschieden beeinflussen würde.

Nachdem die Abrüstungskonferenz in ihrem ersten Tagessitzung abgesehen von dem epochemachenden Beschluß, daß die Abrüstung nicht in Aussicht zu nehmen, so habe sie jetzt nur die Aufgabe, ob die hier vertretenen Staaten bereit seien, ihre Rüstungen, wenn auch nur teilweise, so doch weithin herabzusetzen. Sel die Antwort wiederum negativ, so werde es notwendig sein, den Bankrott der Konferenz durch irgendwelche Maßnahmenprünge, wie Entschärfungen über moralische Verantwortung, Sicherheit oder auch über die Abschaffung der einen oder der anderen Waffen zu verhüllen.

Nach Genossen Litwinow nahm Tardieu nochmals das Wort zu einer großen Rede, in der er in schärfster Form gegen den Sowjetvorschlag auftrat und erklärte, daß Frankreich nicht auf Annahme der französischen Vorschläge einwille. Eine nationale Macht, nämlich Frankreichs Völkerräte, welche die nationale Macht, in der Welt die Verteidigung des Nationalen Waffens zur Verfügung haben, um widerstrebende Staaten durch Sanktionsmaßnahmen zu zwingen. Jeder Antrag auf Herabsetzung der Rüstungen sei zwecklos, denn „das Weltfriedensfereng sei verfallen, um das 1919 durch die Friedenskonferenz geschaffene System zu festigen.

Die ganze Erbärmlichkeit, die ganze Knackfähigkeit der deutschen Bourgeoisie gegenüber den sozialistischen Weltrevolutionären wurde dem Ausdruck, daß sie anfänglich einer leicht prozeduralen Rede Lancelotti sich beizeln zu erklären, daß eine Zusammenkunft Deutschlands zum Antrag der Sowjetunion nicht in Frage kommt.

Gewaltige Kursstürze an den Börsen

Berlin, 14. April (Eig. Drahtbericht)

Die Weltbörsen hatten gestern wieder einmal einen schwarzen Tag. In allen Börsen sanken die Kurse rapid. Die deutschen Börsen, die erst seit zwei Tagen wieder ihren Betrieb aufgenommen, hatten ungeheure Kursstürze zu verzeichnen. Die Hauptgründe liegen darin, daß der Petroleummarkt bedrohlich - einer der größten Weltmärkte - im Wanken ist. Nach dem Jährlichkonferenz 1931 von Kreuzer der Völkisch Deutschland!

Im Zusammenhang damit wird bekannt, daß ein Zusammenbruch des größten amerikanischen Bankhauses Morgan bevorsteht. Ein Zusammenbruch dieser großen Weltbank würde die Weltkrise ungeheuerlich verstärken.

Keine Reichstageseinberufung

Reichstanzler Brüning hatte nach der Präsidentenwahl der Reichstag keine Demission angeboten, die Hindenburg natürlich ablehnte. Damit war der „Demokratie“ Genüge getan. Die Einberufung des Reichstages konnte wieder auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden.

Am Montag, dem 11. April, tagte der Vorkongress des Reichstages, um zu dem Geschäftsordnungsplan des Reichstages Stellung zu nehmen.

Genosse Torgler beantragte die Einberufung des Reichstages für Dienstag, den 20. April, und zwar mit Aussprache über brennenden Fragen, wie Viermächtekongferenz, Argen in der Handlung, Munitionstransport durch Deutschland, Rolle des Völkerrates, usw., außerdem müßten jetzt endlich die Anträge der kommunistischen Fraktionen zur Beratung kommen, die sich mit der Rolle der werktätigen Bevölkerung beschäftigen und Maßnahmen für die Werkstattigen fordern.

Von der Regierungsmehrheit, von der Volkspartei bis zur SPD, wurde der Antrag abgelehnt und lediglich beschlossen, an diesem Tage den Vorkongressauschuss erneut einzuberufen.

Von M Die 11. Jan in die Wund Indes? von de Regierungen die Wahl der 11. Partei der 11. der Kultur mu von der 11. Jan über zu verfüh ein Bild? nationale Juden Auf der leg politinternation Kommission" zu der Tätigkei Die Intern der Führung der Abschinderung Tagung zu. Ju Jeder sucht Gleichzeitigkeit mit Weltwirtschaftlichen Sozialistischen Einheitsfront unterzungen in der haben sie von u Die resolu Kollaboration, wen Sie han bestimmt unsere die bisher verth in den von Krieg ver die revolutionäre zu wer In-Rotte Schilles. Ja o Japan wochens in der Arbeit u demokratischer In Sam d Schilles. Ja o Konsolidierung die bei der Be derlich mit d Hamburger Po Minister verha In Bomb Pancahri nach Japan zu In Dur b Reu-Ambe Abzugsmaterial verholte. In Du r den Streit, um Der Protestfret In Ham b und B die Abdormigung. In Sell Partte Gas worden waren, In Dom demischen Fra Violetstreif aus Arbeiter haben In Ra d e organ die Mun dilline Restierung Frauen von E Fortsetzung Eine Wiert brechen sich mit das kalte Eisen deren Frauen i Quelle stand Die Tatsache, d lassen die Arb richte sie gar In das ni und Kulturen u Gianoten für d mir aus ernähe her, das unster Wiefo unj uniere Männer, Schü. Ja, und v wie unster, derz werden? In P liberal ist es Munitionsfabri der Männer in mehr? Schluß ma kampfern? Re? Da magt ja 9 vier machen. U überhaupt — auch zuerst an